

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

15.7.1868 (No. 165)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 13. Juli.

N. 165.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: Die gepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Credit: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Telegramme.

† **München**, 13. Juli. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien sind mit dem heutigen Morgeneilzuge nach Nürnberg abgereist und gehen von dort auf einige Tage nach Frankfurt. Gestern wohnte das königliche Paar der Aufführung von Wagner's „Meistersinger“ bei.

† **Wien**, 13. Juli. Der Minister Siskra ist heute mit 954 gegen 1 Stimme an Stelle Mühlfeld's zum Abgeordneten der Stadt Wien in den niederösterreichischen Landtag gewählt worden.

† **Friess**, 14. Juli. In der verflochtenen Nacht haben vor dem Café Chioggia tu multuarische Ausfälle stattgefunden. Die einschreitende Polizeiwache wurde mit Revolvern beschoßen. Nach Verhaftung der Missethäter ging der Tumult zu Ende. Durch die Revolvergeschüsse der Unruhestifter wurden ein Mann getödtet und zwei verwundet.

† **Belgrad**, 13. Juli. Der Fürst Alexander Karageorgewich ist als Mitschuldiger an der Verführung zur Ermordung des Fürsten Michael auf den 21. Juli vor das Belgrader Stadtgericht geladen.

Rom, 12. Juli. Der außerordentliche österreichische Botschafter Baron v. Meynsburg ist heute nach Wien abgereist.

Warschau, 13. Juli. Die Kaiserin von Rußland ist Abends hier eingetroffen und im Belvedere abgestiegen. Die Stadt war illuminiert.

St. Petersburg, 13. Juli. Die Regierung hat die Konzeption zum Bau von Eisenbahnen zwischen St. Petersburg und Baltischport, und zwischen Rybinsk und Nicoll ertbeilt.

Deutschland.

München, 9. Juli. (Schw. M.) Ueber die Entstehung der Vorschläge, welche so eben zu einer militärischen Annäherung der süddeutschen Staaten gemacht sind, hatten ultramontane Blätter Angaben gebracht, darauf berechnet, theils Zwietracht unter die Regierungen zu säen, theils Argwohn und Mißtrauen im Volke zu erregen. Offiziös wird nun (durch die „Korresp. Hofmann“) erklärt: es sei unwahr, daß die Idee der Bildung einer süddeutschen Militärkommission schon zu Anfang dieses Jahres von bairischer Seite bei dem Fürsten Hohenlohe angeregt, von diesem aber damals zurückgewiesen worden sei; es sei ferner unwahr, daß der jetzt gemachte bairische Vorschlag in Berlin (es war behauptet worden, zur Zeit des Zollparlament's, und die HH. v. Barnbüler und Wittmann hätten sich davon fern gehalten, wodurch das jetzige Dementi von Stuttgart sich erkläre) irgendwie besprochen oder mit dem Grafen Bismarck darüber verhandelt worden sei, und es sei völlig unwahr, daß Württemberg gegen diesen Vorschlag ablehnend sich verhalte. Im Gegentheil habe auch die Wahlrede des Ministers v. Wittmann zwar scharf gegen den Südbund sich ausgesprochen, doch aber gesagt: „schließen wir uns in den Staaten, die nicht zum Norddeutschen Bunde gehören, möglichst eng zusammen!“ Die beabsichtigten militärischen Vereinbarungen werden übrigens hier durchaus als eine eifrige Erfüllung der Bestimmungen des Prager Friedens und als eine loyale Ausführung der Allianzverträge angesehen. Auch der ungeheuerlichen

Nachricht eines Berliner Blattes, daß Bayern die Errichtung eines „süddeutschen Festungsvierecks“ (Landau-Germersheim-Neustadt a. d. S. und Ludwigshafen-Mannheim) beabsichtige, wird die unverdiente Ehre eines förmlichen Dementis zu Theil.

* **München**, 13. Juli. Den „München. neuesten Deutschen“ zufolge wäre die Ulmer Konvention bereits ratifiziert worden. Es erledierte sich sonach die Mittheilung verschiedener Blätter, daß die Ulmer Konvention die Bildung der süddeutschen Militärkommission zur Voraussetzung gehabt und deshalb von württembergischer Seite noch nicht ratifiziert sei.

Nürnberg, 13. Juli. (Nürn. Corr.) Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien sind heute Mittag gegen 12 Uhr mit dem Münchener Eilzug hier eingetroffen und im Gasthof zum „Bayerischen Hof“ abgestiegen.

Gotha, 11. Juli. (Röln. Btg.) Der Kronprinz von Preußen traf heute hier ein, um sich nach dem 1 1/2 Meilen von hier so sehr romantisch im Thüringer Walde gelegenen Schloß Reinhardsbrunn zu begeben, wo seine Gemahlin nebst allen Kindern bereits seit einer Woche ihren Aufenthalt genommen hatte. Das königliche Ehepaar wird in Reinhardsbrunn einige Wochen in der stillsten Einsamkeit, und nur den Genuß der Natur suchend, zubringen; daher auch fast gar kein Gefolge mitgenommen und die Dienerschaft auf das Allernothdürftigste beschränkt wurde. Die Königin Victoria von England, deren Besuch ursprünglich in Reinhardsbrunn erwartet wurde, wird nicht dahin kommen, hingegen Ende August ihre Tochter, die Prinzessin Alice von Hessen, besuchen und später dann sehr wahrscheinlich einige Tage das Lustschloß Rosenau bei Koburg zum Aufenthalt nehmen, für welches sie wegen der Erinnerung an ihren verstorbenen Gemahl eine besondere Vorliebe hegt. Der Herzog Ernst von Koburg-Gotha nebst Gemahlin sind vor einigen Tagen nach England zum Besuch des dortigen Hofes gereist und werden einige Wochen daselbst verweilen.

Leipzig, 13. Juli. Der Kaiser von Rußland wird nächsten Samstag Nachmittag hier eintreffen und ohne Aufenthalt mittelst Extrazugs über Berlin weiterreisen.

Berlin, 13. Juli. Eine unter dem 6. Juli vom Minister des Innern an die Bezirksregierungen erlassene Verfügung enthält Weisungen in Bezug auf die Ausführung des am 22. Febr. d. J. zwischen dem Norddeutschen Bund und den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgeschlossenen Vertrags. In dem Rundschreiben wird bemerkt: beim Abschluß dieses Vertrages habe die Absicht vorgewaltet, daß die durch unerlaubte Auswanderung eines Bundesangehörigen nach den Vereinigten Staaten verübte strafbare Handlung bei einer nach mindestens fünfjähriger Abwesenheit erfolgenden Rückkehr des Betreffenden in seine frühere Heimath nicht zum Gegenstand einer strafrechtlichen Verfolgung gemacht werde, wenn der Rückkehrende gemäß dem Artikel 1 des Vertrags in Amerika das Heimathrecht erworben habe. Ebenso soll auch die wegen solcher Auswanderung etwa schon rechtskräftig erkannte Strafe nicht zur Vollstreckung gebracht werden. Demnach weist der Minister die Königl. Regierungen an, in derartigen Fällen von dem Antrag auf Einleitung einer Untersuchung, sowie überhaupt von jeder Verfolgung Abstand zu nehmen, sobald der Be-

treffende den Nachweis zu führen vermag, daß er naturalisierter Angehöriger der Verein. Staaten von Nordamerika geworden ist. Außerdem hat der Justizminister die Gerichtsbehörden angewiesen, überall da, wo rechtskräftige Verurtheilungen der bezeichneten Art vorliegen, von Amts wegen auf Erlass der Strafen und Kosten im Gnabenteile anzufragen.

Morgen wird der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, aus Karlsbad hier wieder eintreffen. Derselbe reist dann noch auf zwei Tage nach Liebenberg, um an einer Hochzeitsfeier in der Familie seines Bruders Theil zu nehmen. Am Freitag übernimmt der Graf wieder die Verwaltung seines Ministeriums. An Stelle des nach Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellten Generalleutnants v. Neumann ist der Oberst v. Kieff, im Kriegsministerium Direktor der Abtheilung für das Artilleriewesen, zum Präses der Artillerie-Prüfungskommission ernannt worden. Es darf angenommen werden, daß General v. Neumann durch Differenzen in Betreff der seit einiger Zeit hier stattfindenden Vergleichungs-Schießproben zur Einreichung seines Abschiedsgesuches bewogen worden ist. — Wie verlautet, hat der König auf den Antrag des Kultusministers genehmigt, daß auch bei der Universität Marburg die Stelle eines Kurators begründet werde. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Amtes ist der kommissarische Verwalter des Konfistoriums in Marburg, Konfistorialrath Noedenbeck, betraut worden.

* **Berlin**, 13. Juli, Nachmitt. Der „Staatsanzeiger“ und das „Bundesgesetzblatt“ publiziren das Noth-Ge- werbe-gesetz.

Breslau, 13. Juli. Die Kaiserin von Rußland trifft heute Abend 9 Uhr 20 Minuten hier ein und setzt nach halbständigem Aufenthalt die Reise über Berlin nach Wiesbaden fort.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. Juli. Ein großer Theil der Wiener Presse, voran das offizielle Blatt des k. deutschen Bundesjahres, erhebt seine Stimme, um die künftigen Fest- und Tischredner vor politischen Taktlosigkeiten zu warnen. Statt vieler lassen wir die „N. Fr. Presse“ reden.

Was wäre ein nationales Schützenfest — sagt sie — ohne Reden, ohne Tische! Die Frage aber ist diesmal besonderer Würdigung werth, ob in den Thatfachen, die da geworden sind, seit Wien zur Ehre des Borsors des deutschen Schießbundes berufen wurde, nicht die dringende Aufforderung enthalten ist, oratorische Grenzspähle auszusprechen, auf daß Festhalle und Reiterbahn in der deutschen Hauptstadt Oesterreichs nicht zum Schauplatz des politischen Kampfes werden inmitten einer Versammlung, deren Beruf wohl in dem Austausch herzlichster brüderlicher Gefühle, nimmermehr aber darin gesucht werden kann, politische Kontroversen auszufechten. Das Fest kann nur ein nationales und in diesem Sinne allerdings auch ein politisches sein, aber es darf nimmermehr der Parteilichkeit dienlich werden, wenn anders dem Lande, dessen Metropole die Festhalle ist, Verlegenheiten erspart und das Fest selbst nicht von vornherein gefährdet sein soll. Unsere Stammesgemeinschaft mit Deutschland — wer wollte sie negiren? Ist nicht die Thatfache, daß Wien der Festort des dritten deutschen Nationalschießens ist, genugsam Beweis dafür? Welcher Sache also wäre praktisch damit gedient, wollte man Wunden aufreißen, die kaum zu vernarben begonnen haben, wollte man ver- spärte oratorische Kritik über ein Ereignissen, die wir ungeschicklich zu machen außer Stande sind? In dem Gedanken, daß dem Feste der

in Nach Spanien.

(Fortsetzung aus Nr. 162.)

Dort angelangt, übergab der Reitersmann Wagen samt Inhalt an mehrere seiner Kollegen. Nach flüchtiger Inspektion des Inbause und seiner Behälter baten sie zeichnend um Designation des Reisegepäcks und erlaubten ohne jegliche Plauderei in derselben stimmten Bedenke dessen Wiedererschließ, so daß wir mit frischem Melai die Reise hätten ungehindert fortsetzen können, wenn nicht ein Handlungserreißender Ursache einer Verzögerung gewesen wäre. Verschiedene zollbare Gegenstände benötigten die Assistent eines weiteren Beamten, der aber noch schlief, und zwar so fest, daß auch alles Krusen und Klopfen nichts fruchtete, bis man ihn endlich auf einer Leiter durch's Fenster seine Pflicht auszusprechen gezwungen wurde. Nach einer Weile kam dieser Herr herbei, in eleganter Garderobe, wie es der Spanier selbst in gewaltigen Schlafmänteln nicht anders thut, und fertigte ruhig und gelassen, wie die nachhererleichte barmherzige Schwester, den vorgelegten Handelskram ab, während ich, der nichts mit sich führte als einige Kompetenzhände und meinen Körper, den ich selber unverzollt über sämtliche Landesgrenzen gebracht, in vollster Bereitschaft auf das Drehen der Räder wartete, um unsern buntbedeckten Gespann gleichmäßig zu folgen.

Von da führen wir auf der Hochebene, abwechselnd etwas bergauf und bergab bis gegen Figueras, wo sich das katalonische Gebirge allmählig neigt und die Straße, im Ganzen recht passabel, wenn auch nicht so pedantisch pünktlich gehalten wie die französischen oder deutschen, anfängt durch Egel und Maulthiere, Karren und Menschen belebt zu werden. Auf der einen oder andern Seite derselben liegt, einem niederen Walle ähnlich, der getrocknete Rothbuzug, der, aus seiner immensen Menge zu schließen, vielleicht seit ihrer Anlage, noch nie befeuchtet worden ist; auf ihr selbst war tiefer Staub, den ein frischer Märzwind an jenem Morgen mächtig durcheinander beulte und mit dem wir man umtime und so nachhaltige Bekanntheit machen mußten, daß er mit für's ganze Leben unvergänglich bleiben wird, denn Thiere und Fahrzeuge

waren damit völlig zugedeckt und unser Behälter glich einer mit Streu- pulver angefüllten Pflanzschale. Schon von Arignon an hatten wir grüne Wiesen vernichtet, die auch selber nirgends wieder zum Vorschein kamen, dagegen sind auf dem ganzen Plateau des Hochlandes größere zusammenhängende Wälder aus Laubholz und darunter namentlich die einträgliche Kiefer, ein Baum mittlerer Höhe und von nicht hartem Umfange, der in ziemlich lockeren, dürftigen Beständen unregelmäßig, seltener in Linien gepflanzt, durchweg unten am Stamm angeschwitten war. An der Schnittfläche zeigt sich ein zartblauer Korkhaush, das feinste Stäbchenmaterial, während die unverwundete Rinde grob und rüßig ist und eine weisere Handelswaare liefert. Gedrängte Bald- komplexer mit schüßigen Baumwuchs, wie sie unsere mitteleuropäische Forstwirtschaft aufweist, sucht man dort vergebens und es bedarf nur einer oberflächlichen Rundschau, um sich zu überzeugen, daß dem er- sprichlichen Gedeihen forstlicher Kulturen das ungünstigste Prognostikon zu stellen und die Jahrhundert durch kontinuierlich begangene Sünde für alle Zeiten irreparabel ist, denn, wo Unverstand und Vandalismus so grauhaft gehaust haben, wo der für den Aufschluß mineralischer Bestandtheile unentbehrliche Verwitterungsprozess unter diesem milden Himmelsstrich nur nothdürftig vor sich geht, wo durch Kahlschläge die ergebliche Feuchtheitsquelle nach und nach verfliegt oder schon längst leer geschöpft ist, wo auf steilen Abhängen durch starke Regen das letzte Atom fruchtbarer Bodenfrüme abgepült und der Niederrung zugeführt wurde, da ist für künftigen, wenn auch noch so willigen Anbau oder für namhaften Zuwachs weder Heil noch Segen zu hoffen. Ja, arnes Spanien, es steht schlecht um deine Fortse, welche, wenn man es ähnlich so fortführt, bald nicht mehr die nöthigen Späne liefern zum Hartwerden eines Eies. Und diese Dürftigkeit auf den vrennischen Ab- dachungen erscheint noch als opulenter Reichthum andern Landestheilen gegenüber, die sich wie das mittägliche Frankreich eben nothdürftig mit einigen verpöht geliebten Wäldern in dieser oder jener Sierra und außerdem mit dem Abgang zahlreicher Nuthbäume und des Reifstodes

beheßen müssen. Mit dem Holz verfährt man auch darum minutiös ökonomisch, und hauptsächlich mit dem zum Bauern, welches vielfach aus dem Norden eingeführt wird, und konstruirt aus Stein und Zie- gel, was nur immer möglich, da, ohne in der Berechnung weit fehler- schlagend, die schwächste Dachsparre mehr Werth hat als der größte Block Marmor, wovon die Halbinsel froht.

In Figueras wurde umgespannt, der dicke und der magere Reize- geschlechter stiegen aus und ihre Plätze besetzten ein junges schönes Mädchen und ein in katalonischer Tracht gekleideter Mann mittleren Alters. Ich that, was wohl Jeder in solchen Falle thun wird, wenn er zum ersten Mal mit einer hübschen Spanierin zusammenkommt: ich wuschte mir den Staub aus den Augen. Der Aufenthalt war sehr kurz und der Wagen rastele gleich wieder seines Weges weiter. Nach- dem sich die neugebildete Gesellschaft genügend und stumm betrachtet hatte, wollten wir uns doch auch das Glück zu Theil werden lassen, mit den Ankömmlingen, galanterweise zuerst mit dem weiblichen Theil, diskursive anzubinden, wobei ich meinem redeligen Begleiter den Vor- rang für den Dialog zugestand. Da er sich jetzt in der spanischen Sprache bewegen mußte, suchte er zuvor aus Mund und Kehle alles Ueberflüssige durch ein solch gewaltiges Räuspern zu entfernen, daß seine Nachbarn darüber heftig erzürnt. Als Befestigungsmittel bot er ihr einen Schluck Cognac an, den sie jedoch ausschlug. Die Rede ward eingeleitet durch allerlei Fragen über Stand, Herkunft, Alter, Wetter und dergl. unschuldige Themat, welche das Mädchen in der naivsten Weise beantwortete, wovon mir übrigens nur ihr höchst benei- denwerthes Alter in Erinnerung geblieben, das, neunzehnjährig, mit den großen schwarzen Augen, der feinen Nase und dem ovalen, etwas bleichen Gesicht, prächtig harmonirte. Der Mann gab sich für einen hausirenden Eisenwaarenhändler aus; man hätte ihn aber, der Behen- digkeit seines Fußwerks nach zu urtheilen, eben so gut für einen Schnell- läufer gehalten, denn er sprang zeitweise große Strecken hinter dem Wagen drein. (Fortsetzung folgt.)

Charakter nationaler Einmütigkeit um jeden Preis gewahrt werde, sollen, können und müssen Alle sich vereinigen, der alte Oesterreicher sowohl, der sein Schwarz-Geld doch noch hoch neben dem Schwarz-Roth-Geld flattern lassen will, wie der Parteigänger süddeutschen föderativen Selbstbestandes und der Schwärmer für eine schwarz-weiße Spitze. Sie Alle haben ein Interesse daran, daß Herausforderung und Zwiespalt vermieden werden, zumal aus keiner der hundertundsechzig Scheiben, die da auf dem grünen Plane aufgestellt sein werden, irgen eines der politischen Ideale herausgeschossen werden kann, welche diese Fraktionen nähren!

Wien, 12. Juli. Die französische Regierung hat im Interesse der Konsolidierung der Zustände auf der Pyrenäischen Halbinsel, vorbehaltlich einer Verständigung mit England über eine gemeinsame diplomatische Aktion in Madrid, bereits einen vorläufigen Schritt gethan: sie hat ihren Gesandten am spanischen Hof angewiesen — die Berechtigung dazu, wie sie sagt, aus dem entschiedenen Wohlwollen schöpfend, welches sie der Regierung der Königin Isabella zur Niederhaltung revolutionärer Tendenzen wiederholt bezeugt — dieser Regierung die freundlichsten, aber zugleich eindringlichsten Vorstellungen zu machen, daß sie in eine Richtung einlenken möge, welche, ohne der Autorität und den Prinzipien der Ordnung etwas zu vergeben, doch eine dauernde Beruhigung und Versöhnung der Gemüther zu Wege zu bringen und die Quelle der permanenten gewaltsamen Umwälzungsversuche zu verstopfen geeignet sei. Die Kaiserl. Regierung werde im andern Fall alles Ernstes zu erwägen haben, daß die beklagenswerthen politischen Katastrophen hart an der Grenze des französischen Gebietes auch nicht mit dem Schein selbst nur einer moralischen Unterstützung ihrerseits sich wiederholen dürften, und sie werde sich sonst darauf beschränken müssen, lediglich die vollendeten Thatfachen zum Ausgangspunkt ihrer Entschlüsse zu nehmen.

Wien, 13. Juli. Der Kaiser, der erst gestern Morgen in Jochl eingetroffen ist, kehrt schon heute Abend nach Wien zurück, und Hr. v. Beust, der seine Abreise nach Gastein auf heute festgesetzt hatte, geht erst morgen oder gar erst übermorgen. Der Grund liegt in der Nothwendigkeit, mit Ungarn in der Wehrfrage ins Reine zu kommen. Ungarn verlangt neuentens eine mit allen Spezialwaffen ausgerüstete besondere Armee — ein weiterer Schritt natürlich zur eventuellen vollen Loslösung und Selbstständigkeit der ungarischen Armee. Der Kriegsminister hat bereits in Jochl darüber verhandelt, aber, wie es scheint, ohne Erfolg. So will man denn in Wien versuchen, zu einer Verständigung zu gelangen, und der ungarische Ministerpräsident, zugleich Landesverteidigungsminister, trifft zu diesem Zweck morgen hier ein. Gibt man hier auch diesmal nach, so wird man Ungarn nur deshalb nichts mehr zu verweigern haben, weil Ungarn nichts mehr zu wünschen, bezw. zu fordern hat.

Triest, 11. Juli. Ueber die gestrigen tumultuarischen Vorfälle bringt die „N. Fr. Presse“ ausführliche Mittheilungen, denen wir Folgendes entnehmen:

Nach einem allgemein verbreiteten und durch den „Cittabino“ bestätigten Gerücht hätte in der für gestern anberaumten Sitzung des Stadtraths ein Antrag auf Protest gegen die päpstliche Allokution gestellt und ferner die Angelegenheit des Lehrers Timoneus aus dem Grund nochmals zur Sprache gebracht werden sollen, weil die Statthalterei in einem an das bischöfliche Konsistorium und an das Municipium gerichteten Erlasse den vom Stadtrath gebilligten Vorgang jenes Lehrers in trockener Form getadelt hatte. [Es handelt sich um einen Uebergriff der Geistlichkeit gegen den genannten Lehrer, wobei der aus der Reaktionsperiode kommende Statthalter v. Bach, ein Bruder des ehemaligen Ministers und Beisetzers in Rom, der erstern schützend zur Seite getreten war.] Die Sitzung war für halb 7 Uhr Nachmittags anberaumt. Als aber um 7 Uhr die zur Beschlussfähigkeit nöthige Zahl von Stadträthen noch nicht versammelt war, wurde der Antrag auf Namensaufruf gestellt, um die Namen der Abwesenden öffentlich zu konstatiren. Bei der Verlesung der einzelnen Namen gaben die erfüllten Galerien ihre Sympathien und Antipathien durch Zeichen zu erkennen. Der Namensaufruf war beendet und die Versammlung aufgehoben, der Tumult aber pflanzte sich auf der Gasse fort. Eine beträchtliche Menschenmenge hielt den Platz vor dem Rathssaal und die zwischen letzterem und der Statthalterei gelegene Gasse besetzt, von Zeit zu Zeit ihren Gefühlen durch demonstrative Rufe und Pfiffe Luft machend. Am dem einen Thor der Statthalterei standen wie gewöhnlich zwei Schildwachen; das andere wurde halb gesperrt und von drei Infanteriesoldaten besetzt. Vereinzelte Polizeipatrouillen begannen den Platz und die anliegenden Gassen zu durchstreifen. Mit der zunehmenden Dämmerung wuchs indessen die Menschenmenge, und als nun die Polizeimannschaft in verstärkter Zahl einschritt, konnte sie nicht mehr verhindern, daß vor dem Statthaltereigebäude ein lautes Gejohle (nach dem „Cittabino“: Hoch Oesterreich! Hoch Gistral! Nieder mit Bach!) zum Ausbruch kam. Die Menge wälzte sich dann vor das Magistrategebäude und nach einigen dort ausgebrachten Vereats vor das bischöfliche Palais, wo gegen den Papst und den Klerus geschrien wurde. Hierauf vor die Wohnung des päpstlichen Konsuls, wo das Wappen unter Rufen gegen den Papst und die Allokution herabgerissen wurde. Der einschreitenden Polizei und Territorialmiliz wich auch hier die Menge nur, um hinter dem Rücken der wenigen Soldaten sich wieder zu vereinigen. Uebrigens gelang es letzteren, den Leuten das Wappen abzunehmen und in sichere Verwahrung zu bringen. Vom päpstlichen Konsulat begab sich die Menge, das italienische Generalkonsulat mit „Hoch Italien!“ begrüßend, vor das auf halber Anhöhe gelegene Kapuzinerlocher. Drohungen aller Art wurden gegen die Patres geschleudert, da die Fama ihnen eine Menge sehr unheiliger Dinge zur Last legt; die Menge umzingelte das Kloster und bedrohte Thüren und Fenster desselben, daß die hartbedrängten Patres in ihrer Drangsal zur Sturmglode griffen. Weithin schallte durch die Nacht der klägliche Ton der Nothglode, zuweilen unterbrochen von dem Pfeifen der Menge. Von allen Seiten eilte Polizei und Militär herbei, und nachdem die Höhe des Klosters besetzt war, ging man von oben herab an eine systematische Säuberung der zu selbst führenden Zugänge und Wege. Leider ging man hier nicht so gemächlich und geordnet zu Werke, wie am Nachmittags, und Einzelne, welche dem Anbringen der bewaffneten Macht trotz des besten Willens nicht so schnell weichen konnten, da die Wege sehr eng und steil sind, und jeden Augenblick eine Stodung un-

vermeidlich war, wurden mit Kolbenstößen und dergleichen traktirt. Einmal von oben vertrieben, verließ sich die Menge ohne weitere Rücksicht, zufrieden, den Herren da oben einen tüchtigen Schrecken eingejagt zu haben, vielleicht auch mit dem stillen Vorzuge, bald wieder vorzusprechen. Der ganze Vorfall hatte keine italienische und österreichische Bedeutung, sondern galt im Wesentlichen der politischen und kirchlichen Reaktion.

Serbien.

Belgrad, 12. Juli. Nach einer offiziellen Mittheilung wird, unberechenbare Zwischenfälle ausgenommen, am Donnerstag den 16. Juli die Schlussverhandlung gegen die Mörder des Fürsten Michael fortgesetzt.

Schweiz.

Bern, 11. Juli. (St. A. f. W.) Heute genehmigte der Nationalrath den Postvertrag mit dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg und Baden, welcher am 11. April d. J. in Berlin abgeschlossen worden und mit dem 1. Septbr. 1868 in Kraft treten wird. Nach demselben beträgt künftighin das Porto für den einfachen frankirten Brief 7 fr. südd. Währung oder 25 Rappen, für den einfachen unfrankirten Brief das Doppelte. Zur Erleichterung des Grenzverkehrs wird das zwischen allen denjenigen deutschen und schweizerischen Poststellen, die in gerader Linie nicht mehr als 7 geographische Meilen = 52 1/2 Kilometer von einander entfernt sind, für den einfachen frankirten Brief 3 fr. oder 10 Rappen, für den einfachen unfrankirten Brief 7 fr. oder 20 Rappen betragen. Als ein einfacher Brief ist ein solcher anzusehen, dessen Gewicht 1 Loth bezw. 15 Gramm nicht überschreitet. Ferner wurden vom Nationalrath heute genehmigt der Postvertrag mit den Niederlanden vom 15. April 1868, und der Nachtragsvertrag zum Postvertrag mit Italien, ersterer vom 25. Juni 1868, letzterer vom 8. August 1861. — Das metrische Maß- und Gewichtssystem wurde vom Nationalrath nach dem Beschlußentwurf des Bundesraths neben dem bisherigen durch Gesetz vom 23. Debr. 1851 eingeführten System, fakultativ, jedoch mit gesetzlicher Kontrolle einzuführen beschlossen. — Im Ständerath, der sich bisher nur mit der Prüfung der Geschäftsberichte des Bundesraths und des Bundesgerichts beschäftigte, wurde gestern mit Einhelligkeit der Beschluß gefaßt, daß der Auslieferungsvertrag mit Belgien genehmigt werden, wenn nicht von Belgien eine bestimmte Erklärung zu erhalten sei, den Vertrag künftig in einer seinem Zweck entsprechenden Weise auszubehnen. — Eine Bottschaft des Bundesraths an die Bundesversammlung vom Geirigen besagt, daß bis Ende verfloffenen Monats 53,087 Hinterladungsgewehre zur Verfügung standen, und in drei Monaten wenigstens 100,000 Stück fertig sein werden, wobei die 15,000 Peabody-Gewehre mitgerechnet sind.

Zürich, 11. Juli. Ueber die Arbeiten der Verfassungskommission während der letzten 14 Tage berichtet man dem „Schw. Merk.“:

Abgesehen von dem Hauptsatz der direkten Volksgesetzgebung, ist das gesammte Steuerwesen total umgestaltet, die indirekten Steuern, wo nicht ganz, doch größtentheils abgeschafft, dagegen die direkten Steuern den weniger Bemittelten bis auf 300 Fr. Einkommen ganz abgenommen und den Reichen eine Progressiv- und Erbschaftsteuer aufgelegt. Das ganze Militär soll vom Staat unentgeltlich ausgerüstet werden, auch die Offiziere und die Volksschulen sollen ganz frei sein, also keine Schulgelder der Vermöglichen mehr; die Armen und Dürftigen waren bisher schon dafür befreit. Die Lebenslänglichkeit der Geistlichen und Lehrer soll abgeschafft und periodische Wahl von 6 zu 6 Jahren eingeführt werden. Hievon ausgenommen sind nur die Lehrer der Hochschulen. Ueber die Entschädigung der bisher lebenslänglich Angestellten soll das Gesetz entscheiden. Von einer reformirten Landeskirche wird nicht mehr gesprochen; dieselbe wird nicht mehr garantirt, also deren Abschaffung möglich gemacht, und auch hier die volle Souveränität der Gemeinden durchgeführt werden. Auch die Namen der Behörden werden verändert; der Große Rath soll Kantonsrath, der Bezirkstatthalter Bezirksamman heißen. Die Bezirkstände werden abgeschafft. Mit Noth blieb der Name „Regierungsrath“ gegenüber dem beschiedenern Titel „Verwaltungsrat“.

Italien.

Rom, 9. Juli. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Man hatte vorausgesetzt, die Allokution gegen Oesterreich werde wie ein Wetterstrahl in die Gemüther einschlagen und zünden; nun sind die Berichte der anhänglichsten Bischöfe wie des Nunzius in Wien derart, daß man sich über das Geschehen nicht täuschen kann. Der Papst bemerkte, er habe nicht geglaubt, daß der Josephinismus in Oesterreich so radikal geworden sei; man müsse auf eine bessere Zukunft hoffen; ohnehin sei kirchlicher Indifferentismus weitaus der Charakter unserer Zeit. Von der Kongregation über Bischöfe und Ordensgeistliche ist ein Rundschreiben ausgegeben, das dem österreichischen Bischof aufgibt, bei der Seelsorge etwa folgende Weisungen praktisch einzuhalten. Der heil. Stuhl weise einen Ausgleich und damit eine eventuelle Versöhnung der obwaltenden Differenzen keineswegs geradezu zurück, nur müsse dabei von den Bischöfen nicht aus den Augen gelassen werden, daß die Kirche allein auf einem Kern und Mittelpunkt ruhe, der eine unerschütterliche Grundfesten Allem biete, was sich darauf erhebe. Diese Mittelpunkt sei der heil. Stuhl, beharrlich inmitten des Wandelbaren, allein bestehend unter dem flüchtig Vorbereitenden, wie es die politische Lage des Tages von Zeit zu Zeit zu schaffen pflege. Seine innere Kraft genüge allein, Alles, was neben ihm feindlich zu bestehen versuche, am Ende niederzuwerfen.

Frankreich.

Paris, 13. Juli. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 13. Juli.

Heute wurde die Diskussion über das Budget des Innern fortgesetzt. Jules Simon beantragte in einem Amendement die Befreiung des Präsidenten der sogenannten Hausircommission (eine Art Genjur, welche den Verkauf von Schriftwerken in den Eisenbahnhöfen und auf dem Weg des Hausirhandels zu gestatten oder zu verbieten hat) zu streichen. Die Frage hat um so mehr Interesse, als in dem Schriftsteller-Verein, aus dessen Präsident J. Simon neu gewählt wurde,

der Antrag gestellt worden ist, die Mitglieder dieser Kommission fernhin nicht mehr in diesen Verein zuzulassen. J. Simon bekämpfte diese Institution überhaupt. Wertlose Bücher würden in der Regel zugelassen, und tüchtige Werke häufig zurückgewiesen. Es sei Jeder, der die Feder führe, dabei interessiert, daß dieser Zustand ein Ende nehme. Es seien sogar schon Kammerreden, deren Druck von dem Hause gestattet worden sei, von dieser Kommission von dem Verkauf auf den Straßen und in den Bahnhöfen ausgeschlossen worden, namentlich gewisse Reden, welche gelegentlich der Debatten über das Preßgesetz (und über die Hausircommission selbst) gehalten worden waren. J. Simon führt auf der andern Seite eine große Anzahl von albernem, selbst sitzungsfähigen Büchern an, denen die nachgeforderte Erlaubnis anstandslos bewilligt wurde. (Postskluß.)

Paris, 13. Juli. Die „Patrie“ will aus Privatnachrichten wissen, daß das spanische Volk der von einigen Generalen beabsichtigten politischen Bewegung durchaus fremd war. Auch Marschall Espartero soll, vor einem Monat um seinen Beitritt zu derselben angegangen, ihn verweigert haben. In Andalusien, wo der Haupttheater der Komplotts war, kam es zu keinem Ausbruch.

Im „Pays“ erklärt Paul de Cassagnac, daß er eine von Henri Rochefort an ihn ergangene Herausforderung nicht annehme, auch von dem Artikel, wegen dessen die Forderung erfolgt, Nichts zurückziehe. Der Artikel bezog sich auf den thätlichen Angriff, den Rochefort gegen den Drucker des „Schanblatts“ „Inferrible“ unternommen hatte.

Gestern, Sonntag den 12., ereignete sich in Amiens ein schwerer Unglücksfall. Es fand ein Herberennen statt. Gerade als das Signal zum Handicap gegeben werden sollte, stürzte eine dicht mit Menschen besetzte Tribüne unter fortwährendem Krachen ein, und bedeckte etwa 50 Zuschauer mit ihren Trümmern. Eine Frau verschied auf dem Platz und ein Mann erlitt einen doppelten Schenkelbruch. Außerdem wurden noch verschiedene Personen weniger schwer verletzt. Die Nachlässigkeit des Baumeisters soll Schuld an dem Unfall sein.

Die Presse beschäftigt sich heute, veranlaßt durch die bekanntesten Aeußerungen des Hrn. Baroche über die Stellung Frankreichs zu dem römischen Concil, mit der bezüglichen päpstlichen Bulle. Von besonderem Interesse sind natürlich auch die ultramontanen Stimmen; das Grundthema derselben spricht Louis Veuillot im „Univers“ aus. Er sieht in der Veröffentlichung der Bulle Aeterni patris das Datum des Beginns einer neuen Zeitperiode und das Ende des Mittelalters. Daß die weltlichen Mächte nicht zum Concil berufen worden, ist ihm ein Beweis, daß es keine katholischen Kronen mehr gebe, und daß die Ordnung, nach welcher die menschliche Gesellschaft mehr als zehn Jahrhunderte gelebt hat, aufgehört hat, zu bestehen. In der Zukunft sieht er nur noch die christliche und katholische Organisation der Demokratie. „Auf den Trümmern der ungläubigen Monarchien wird die Menge der Nationen erstehen, gleich unter sich, frei und eine allgemeine Föderation in der Einheit des Glaubens bilden unter der Obhut des römischen Papstes, dem gleichmäßigen Schützer und Beschützer der ganzen Welt: ein heiliges Volk, wie es einst ein heiliges Reich gab.“ Diese geheiligte Demokratie werde thun, was die Monarchien nicht thun wollten oder konnten. Man sieht, das Zukunftsideal des berühmten ultramontanen Kampfhahns ist die Weltrepublik unter päpstlicher Oberherrschaft.

Aus Moulins trifft die telegraphische Nachricht ein, daß bei der vorgestern und gestern stattgefundenen Abgeordnetenwahl für den 3. Bezirk des Allier-Departements der offizielle Kandidat Hr. Mony mit 16,551 Stimmen gewählt worden ist. Gleichzeitig erfährt man, daß in drei Generalratswahlen (Allier, Yzère und Côtes-du-Nord) die Regierungskandidaten gleichfalls durchgegangen sind.

Man beschäftigt sich vielfach mit dem ägyptischen Anlehen, das in wenigen Tagen hier ausgegeben wird, und die Regierungsbureauux bemühen sich, dasselbe als eine ebenso einträgliche wie gesicherte Operation dem Publikum zu empfehlen. Sie machen darauf aufmerksam, daß dieses Anlehen eigentlich gar kein Anlehen, sondern eine Konversion ist, durch welche die schwebende Schuld der ägyptischen Regierung konsolidirt werde, so daß dem Land daraus keine neuen Lasten erwachsen. Dabei trägt es im Ganzen etwa 10 Prozent und werde innerhalb 30 Jahren zurückgezahlt. — Rente 70.27 1/2, Cred. mob. 278.75, ital. Anl. 53.35.

Amerika.

Die „Frkf. Ztg.“ theilt die Kongressverhandlungen vom 29. Juni in Betreff einer zehnpromzentigen Besteuerung der amerikanischen Staatsschuld mit, woraus zu ersehen ist, daß die Mittheilung des Reuter'schen Bureau's nichts Anderes war, als fast alle finanziellen Nachrichten dieses Bureau's aus Amerika — d. h. der reinste Schwindel.

Im Repräsentantenhaus beantragte Cobb eine Resolution, die das Finanzkomitee anweist, sofort eine Bill einzubringen, welche die Besteuerung der Zinsen der Schuldschulden der Vereinigten Staaten zum wenigsten mit 10 Proz. per Jahr verordnet u. s. w. Er beantragte die Vorfrage. Der Antrag wurde verworfen. Miller beantragte, die Resolution auf den Tisch zu legen, nahm jedoch auf Andringen einiger Mitglieder den Antrag wieder zurück. Butler erneuerte den Antrag, um ein Votum über den Gegenstand zu haben. Es wurde abgelehnt und das Haus weigerte sich mit 106 gegen 27 Stimmen den Antrag auf den Tisch zu legen. Garfield beantragte, die Resolution dem Finanzkomitee zuzuwenden, und stellte die Vorfrage. Dieselbe wurde unterstützt, aber Garfield's Antrag, die Resolution dem Finanzkomitee zuzuwenden, wurde mit 80 gegen 61 Stimmen verworfen. Dann wurde die Resolution mit 92 gegen 54 angenommen. Cobb beantragte die Wiedererwägung, und zugleich, daß sein Antrag auf den Tisch gelegt werde. Der Antrag auf Wiedererwägung wurde auf den Tisch gelegt.

Damit — sagt die „Frkf. Ztg.“ — ist die Sache vollständig erledigt. Hr. Reuter hatte nur die „Kleinigkeit“ zu melden „übersehen“, daß der Antrag, die Sache dem Finanzkomitee zu überweisen, mit 80 gegen 61 Stimmen verworfen worden ist. Ebenso hat man uns zu melden „übersehen“, daß das Repräsentantenhaus beschlossen hat, sich am 15. Juli zu vertagen. Mit der Vertagung bis zum Herbst ist schon wegen der Präsidentenwahl auf Jahre hinaus jede Möglichkeit finanzieller Maßregeln ausgeschlossen.

Neu-York. Der frühere Gouverneur von Neu-York, Horatio Seymour, ist zwar als Präsidentschaftskandidat von den Demokraten aufgestellt worden, aber erst im 22. Wahlgang — ein Beweis, wie schwer der Partei die Entscheidung fiel. Auch sonst hat es allen Anschein, daß man zu seiner Ernennung gewissermaßen als der letzten Möglichkeit Zuflucht genommen hat. Die Freunde Pendleton's waren entschlossen, dessen Gegner Chase nicht aufkommen zu lassen, und umgekehrt. So mußte denn ein gewissermaßen neutraler Kandidat aus dem Wahlgeschäft hervorgehen. Seymour gehörte zur Zeit des Bürgerkriegs zu den Friedensdemokraten, und es ist daher noch sehr fraglich, ob der andere Flügel der Partei, die Kriegsdemokraten, sich ihm von Herzen anschließen werden. Unter seinem Regime kamen im Jahr 1863 die blutigen Kämpfe in Neu-York vor, in welchen die Irländer über ihre Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, die Negers, herfielen. Was Seymour's Privatcharakter betrifft, so darf und muß man ein günstiges Urtheil über den Mann fällen.

Baden.

Karlsruhe, 13. Juli. Das „Verordn.-Bl.“ der Direktion der Großh. Verkehrsanstalten Nr. 31 enthält Bekanntmachungen: 1) Die Aufstellung eines Tarifs zur Erhebung des deutschen Porto's im Fahrpost-Verkehr mit dem Ausland betr. 2) Die Tarifsetzung von „Salz“ im direkten Güterverkehr mit den Stationen der Schweizerischen Centralbahn und der Westschweizerischen Bahnen. 3) Die Tarifsetzung von Gede (Werg) im Badisch-Württembergischen Wechselverkehr.

Karlsruhe, 14. Juli. Die Gasfrage, welche bekanntlich auch hier die Gemüther schon seit längerer Zeit in einer gewissen Aufregung hält, wird in der nächsten Zeit in ein neues Stadium treten. So eben wird nämlich an die Mitglieder des Großen Bürgerausschusses ein gedruckter Vortrag des Gemeinderathes, die Errichtung eines neuen Gaswerkes betr., angeteilt, welcher der in nächster Woche stattfindenden Beratung des Großen Ausschusses zu Grunde gelegt werden soll. Diesem Vortrag ist ein sehr gründlicher, auf genaue Berechnungen basirter Bericht des Gemeinderathes Hof. Haupt, die §§ 28 und 29 des Vertrages mit der Gasgesellschaft und den Neubau eines Gaswerkes auf Rechnung der Stadt betreffend, beigefügt. Der Schlußantrag, welchen der Gemeinderath dem Großen Ausschuss zur Zustimmung vorlegt, lautet:

„Es soll auf städtische Kosten ein neues Gaswerk, welches nach den Kostenüberschlägen auf ca. 400,000 fl. zu stehen kommt, erbaut werden. Dabei soll aber nicht ausgeschlossen sein, den Besitzern des jetzigen Gaswerkes ein Anerbieten auf käufliche Uebernahme desselben nach Umlauf der Vertragszeit um einen annehmbaren Preis zu machen.“

Mannheim, 14. Juli. (N. B. L. 2. B.) Der hiesige Vor- schußverein hielt gestern Abend im Badener Hofe eine Generalversammlung. In derselben erkrankte zunächst der Abgeordnete zum Karlsruher Verbandstag, Hr. Kullmann, Bericht über den Verlauf desselben. Sodann wurde auf Antrag des Verwaltungsraths beschloffen, für die in Frankfurt a. M. zu gründende Filiale der deutschen Genossenschaftsbank in Berlin 5 Aktien à 200 Thlr. zu zeichnen, vorbehaltlich der Einsichtnahme der Statuten und Geschäftsinstruktionen, sowie der Befähigung durch eine weitere Generalversammlung. Der von dem Verein zu gewährenden höchste Kredit wurde von 500 auf 1000 fl. erhöht und die Eröffnung laufender Rechnung gegen Hinterlegung genügender Sicherheit beschloffen. Die Eröffnung der laufenden Rechnung bedarf der Zustimmung des Verwaltungsraths und des Bureau's und soll dieselbe auch an andere Vereine nur gegen vorherige Deckung geschehen. Zum Schluß genehmigte die Versammlung den mit dem Kaiser abgeschlossenen Vertrag und die Erhöhung des von dem Verein in Anspruch zu nehmenden Kredits von 24- auf 30,000 fl.

Offenburg, 13. Juli. (N. B. 2. B.) Auf der gestern dahier abgehaltenen Versammlung von Abgeordneten badischer Arbeitervereine waren die Vereine von Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg, Lahr, Oberkirch, Staufen, Furtwangen, Mühlheim, Waldbut und Emmendingen vertreten. Der Verein von Zell übertrug seine Stimme an Freiburg — was nicht genehmigt wurde —; Konstanz und Schopfheim erklärten brieflich, den Wechselschluß beizutreten. Zum Vorsitzenden wurde Hr. Eimer von Freiburg, zu dessen Stellvertreter Hr. Stephan von Offenburg und zum Schriftführer Hr. Spitel von Offenburg ernannt. Der Vorsteher des Offenburger Vereins, Hr. Stephan, begrüßte die Versammlung. Hierauf erkrankte der Vorsitzende des städtischen Vororts Freiburg, Hr. Eimer, Bericht über die dreijährige Thätigkeit desselben.

Bei der alldann folgenden Beratung wurde von Karlsruhe beantragt, die badischen Vereine sollten aus dem Verband des „Vereinstages deutscher Arbeitervereine“ austreten, weil dieser Verband auch politische Zwecke verfolge, während die Arbeitervereine sich nur mit der geistigen und sittlichen Bildung ihrer Mitglieder beschäftigen sollten. Dieser Antrag wurde von Mannheim auf's entschiedenste bekämpft und schließlich auch von der Versammlung abgelehnt. Für den Austritt stimmten Karlsruhe, Offenburg, Waldbut und Lahr. Die Haltung des Organs des Vereinstages, der „deutschen Arbeiterhalle“, wurde auch als einseitig angegriffen und der Versuch gemacht, eine Erklärung gegen die Bezeichnung derselben als „Organ des Vereinstages“ zu Stande zu bringen. Es wurde jedoch nur genehmigt, daß eben anders gesinnte Vereine bestrebt sein sollten, auch ihrer Anschauung in der „Arbeiterhalle“ durch Einlegung von Artikeln Ausdruck zu geben.

Hierauf wurde die Frage: ob der badische Bauverband fortbestehen solle, bejaht und Pforzheim zum Vorort ernannt. Der Rechnungsbildbericht der bisherigen Periode ergibt einen Kassensstand von 19 fl. 16 Kr.

Freiburg und Karlsruhe berichteten über die von den dortigen Vereinen in's Leben gerufenen Koöperationen und wurde die Einrichtung solcher allen Vereinen empfohlen. In der Frage über Wanderunterstützung wurde keine Uebereinstimmung erzielt; dagegen empfohlen, die Vereine sollten Kommissionen für Arbeitsnachweisung einrichten und so in vielen Fällen eine Unterstützung an Wandernde überflüssig machen.

Vermischte Nachrichten.

Tübingen, 10. Juli. Die Mittheilung, daß Prof. Schäffle zum Professor der Nationalökonomie in Wien bereits ernannt sei, wird dem „Staatsanz.“ von unrichtiger Seite als unrichtig bezeichnet.

Die Berliner „Berichts-Zeitung“ erzählt: „In dem denkwürdigen Reitergefecht bei Czervonahora (am 27. Juni 1866), in welchem das preussische 3. Garde-Infanterie-Regiment die Feuerlinie empfing und sich mit Ruhm bedeckte, hatten sich bei dem Angriff die beiden gegenseitigen Reiterführer fest auf's Korn genommen, wobei schließlich der österreichische, von dem preussischen zerhauen, vom Pferd sank und als todt auf dem Kampfplatz blieb. Bei den in Potsdam kürzlich stattgefundenen großen Paraden waren auch viele fremdländische Offiziere anwesend, worunter namentlich ein sächsischer Oberstleutnant durch sein über und über mit Narben bedecktes Gesicht allgemein auffiel. Nach der Parade, welche das 3. Garde-Infanterie-Regiment auf dem Bornstedter Feld gehabt hatte, ritt er an dasselbe heran und fragte, welche Eskadron es gewesen, die damals das Ge- fecht eröffnet habe, und ob auch der Reiterführer noch dabei sei. Es wurden ihm hierauf die 2. Eskadron und der jetzige Major v. S. als die Betreffenden bezeichnet. Ungefähr ritt er zu diesem hin, und zum zweiten Male fanden sich die beiden Kämpfer von Czervonahora Auge in Auge gegenüber, diesmal jedoch als verbündete Norddeutsche sich brüderlich die Hand reichend. Der Oesterreicher war seiner Zeit nur schwer verwundet gewesen und hatte nach seiner Genesung sofort den Abschied genommen, um in sächsischen Dienste zu treten, ungeachtet ihm in Oesterreich ein gleiches Avancement angeboten wurde.“

Wien, 13. Juli. Ein bedeutender Börsenagent dahier, welcher für eigene Rechnung Geschäfte gemacht haben soll, hat seine Zahlungen eingestellt. Dem Vernehmen nach belaufen sich die Passiva auf 400,000 Gulden.

Das in der Affaire Ebergens so oft genannte Bränner Damentstift, über welches seitdem allerhand pikante Details bekannt geworden sind, die dem Stift und dessen Mitgliedern nicht zu großem Ruhm gereichen, wird auf Veranlassung der Kaiserin einer strengen Reform unterzogen. Die Zahl der bürgerlichen Mädechen soll in demselben vermehrt werden und das Stift wieder einen würdigeren Charakter erhalten.

Hr. Bernhard Fischer, jener unbekanntes lyrische Dichter, aus welchem Hr. Stieber mit einem Mal eine berühmte politische Persönlichkeit machte, veröffentlicht jetzt in der „N. Fr. Pr.“ eine Erklärung in Betreff der Landeder Hausfuchung. Er geht in derselben zu, daß er der Homer des Welfenfönigs werden wollte, indem er die Helden thaten desselben in der Schlacht von Langensalza der Nachwelt in einem epischen Gedicht aufbewahren wollte, zu welchem ihm Graf Platen das nöthige Material geliefert hatte. Wie Hr. Stieber auf die Spur jener hochverrätherischen Verbindung gekommen sein mag, erzählt der Welfenpöbel auch. Als er seiner Kur wegen nach Landed gekommen, habe er ganz arglos an den Minister Grafen Platen geschrieben. Jener Brief sei aber nicht in Wien angekommen, dagegen Hr. Geheimrath Stieber in Landed.

Prag, 13. Juli. Graf Eugen Czernin, Herrenhausmitglied, ist gestorben.

Solothurn, 14. Juli. (S. M.) Bei dem eidgenössischen Sängerfest erhielten gekürzte Preise: im Volksgesang: Marx, Langenthal, Forgen; im Kunstgesang: Josef Wiederstall, St. Gallen, Frohmann, Rapperschwil, Olten, Bern, Zürich.

Deutscher Juristentag.

Der deutsche Juristentag findet am 27., 28. und 29. Aug. d. J. in Hamburg statt. Vorläufige Tagesordnung: I. Erste Plenar Sitzung. (Donnerstag den 27. Aug., Vormittags.) 1) Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter, sowie der Schriftführer. 2) Berathung der Verhandlungsgegenstände an die Abtheilungen. 3) Vorschlag einer Statutenänderung. 4) Bericht über die Rechtsentwicklung in Deutschland seit der letzten Juristentags-Versammlung, erstattet von Hrn. Privatdozenten Dr. Wehr zu Berlin.

II. Sitzungen der Abtheilungen. 1) Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter, sowie der Schriftführer.

2) Gesetzgebungsfrage: Soll es zulässig sein, Inhaberpapiere außer Kurs zu setzen? Gutachten: Advokat Dr. Böhr zu Köln und Hofrath Dr. v. Kerstorf zu Augsburg. Referent: Rechtsanwalt Kaffow zu Berlin.

3) Gesetzgebungsfrage: Gemüthslich die Verbeibehaltung des Instituts der Handelsmänner? Gutachten: Handels-Appellationsgerichts-Assessor Wilhelm Pufcher zu Nürnberg. Referent: Senator Dr. Pfeiffer zu Bremen.

4) Gesetzgebungsfrage: Soll in der Hauptverhandlung des Strafprozesses von dem Angeklagten, welcher sich nicht schuldig erklärt, noch eine spezielle Einlassung oder Rechtfertigung auf die Anklage verlangt werden? Gutachten: Sektionschef Dr. Glaser zu Wien. Referent: Oberappellationsgerichts-Rath Dr. v. Groß zu Jena.

5) Gesetzgebungsfrage: Ist die Wiederannahme des Strafverfahrens zu Gunsten des Verurtheilten schon in dem Fall als zulässig zu erachten, wenn nach der Verhandlung neue Thatsachen oder Beweismittel aufgefunden, welche als geeignet erscheinen, in wesentlichen Punkten die Sachlage zu Gunsten des Verurtheilten zu ändern — oder soll die Zulässigkeit von dem Vorhandensein bestimmter Verhältnisse, eventuell welcher, abhängig gemacht werden? Gutachten: Bezirksgerichts-Direktor Garis zu Ebbau in Sachsen. Referent: Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze zu Dresden.

6) Gesetzgebungsfrage: Ist es für das mündliche Strafverfahren angemessen, auf Grund der schriftlichen Akten der Voruntersuchung ein Erkenntniß darüber zu erlassen, ob Anklage zu erheben sei oder nicht? Gutachten: Ober-Tribunalarth Dr. v. Lippelskirch zu Berlin. Prof. Dr. Geyer zu Junsbrud. Referent: Oberhofgerichts-Rath Brauer zu Mannheim.

7) Gesetzgebungsfrage: Soll die Gesetzgebung Arrest auf künftig zu verdienenden Lohn gestatten, und in welchem Umfang? Gutachten: Rechtskonsulent Dr. Ditto zu Heilbronn. Stadtgerichts-Rath R. Koch zu Berlin. Referent: Kreisgerichts-Direktor v. Söffler zu Vörsach.

8) Gesetzgebungsfrage: Soll einem prozeßordnungsgemäß erlassenen strafrichterlichen Urtheil, wodurch eine Frage entschieden ist, welche der Entscheidung einer Zivilsache präjudicirt, für diese letztere die Kraft eines vollen Beweises eingeräumt werden? Gutachten: Professor Dr. Plank zu München. Ober-Landesgerichts-Rath Dr. v. Liszt zu Wien. Referent: Privatdozent Dr. Hermann Seuffert zu München.

9) Gesetzgebungsfrage (vom vorigen Juristentag überwiesen): Soll der Staat, bezw. die Gemeinde für Schäden und Nachtheile, welche die von ihnen angestellten Beamten durch vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung ihrer Dienstpflichten einem Dritten zufügen, überhaupt haften und, bejahenden Falls, in erster Reihe unbedingt oder nur subsidiär? Gutachten: Geh. Rath Dr. Bluntzschli zu Heidelberg. Referent: Kreisgerichts-Direktor v. Söffler zu Vörsach.

10) Gesetzgebungsfrage (vom vorigen Juristentag überwiesen): Soll im Zivilprozeß für das Vorbringen von Thatsachen, Einreden und Beweismitteln in erster Instanz eine Präklustfrist bestehen und, bejahenden Falls, welche? Gutachten: Advokat Dr. Barth zu Kaufbeuren. Obergerichtsanwalt Dr. André zu Osnabrück. Referent: Advokat Dr. Kuhwandel zu München.

11) Antrag des Generalstaatsanwalts Dr. Schwarze zu Dresden (vom vorigen Juristentag überwiesen): Der deutsche Juristentag wolle aussprechen: Dem Staatsanwalt ist die Befugniß einzuräumen, zu Gunsten des Angeklagten sowohl die Nichtigkeit der Verurtheilung einzurufen, als auch auf Wiederaufnahme der Untersuchung anzutragen, und zwar unter den Voraussetzungen und in den Fällen, wo es dem Angeklagten gestattet sein würde. Gutachten: Staatsanwalt Dr. Wirt zu Wolfenbüttel. Referent: Staatsanwalt v. Stenglein zu München.

12) Antrag des Verwaltungsraths Dr. Jaques zu Wien: Der deutsche Juristentag beschließt: Das Interesse der Gesamtheit an einer möglichst kräftigen und möglichst wohlfeilen Rechtspflege erhöht: freie Konkurrenz unter allen zur Parteivertretung Befähigten, Unabhängigkeit der Advokatur von den Verwaltungsbehörden und den Gerichten in dem Sinn, daß jedes Ernennungsrecht der ersteren, sowie jedes Ueberwachungs- und Dispens-Bestimmungsrecht der letzteren (die ihnen zustehende Sitzungs-polizei bei Seite gelassen) entfällt, Ueberwachung der Advokatur ausschließlich durch die Oeffentlichkeit und durch die von der Standesgenossenschaft in den Advokatenkammern autonom zu übende Disziplinar-gewalt. Gleichheit der Vorbedingungen für das Richteramt und den Advokatenstand. Hieraus gehen folgende Grundzüge der legislativen Organisation der Advokatur hervor:

1. Zur Ausübung der Advokatur ist jeder bürgerlich unbescholtene, theoretisch und praktisch geprüfte Rechtsverfänger berechtigt. Die Dauer der Vorbereitungspraxis ist nur nach dem unabweislichen Erforderniß mit Ausschluß jeder andern Rücksicht zu bemessen.

2. Alle Unternehmungen verschiedener Art rücksichtlich der Befugniß zur Parteivertretung vor Einzel-, Kollegial- oder vor Obergerichten, sowie alle Beschränkungen der Freizügigkeit in den unter gleicher Zivil- und Strafgesetzgebung stehenden Ländern entbehren der Begründung.

3. Die Ueberwachung der Advokaten und Advokaturkandidaten wird von den Advokatenkammern geübt. Gegen Erkenntnisse, welche auf Verweigerung der Zulassung zur Praxis, der Eintragung in die Liste der Advokaten oder auf Streichung aus der Liste lauten, steht die Berufung an den obersten Gerichtshof offen. In allen wichtigen, dem Plenum der Kammer vorbehaltenen Disziplinarsachen findet öffentliches und accusatorisches Verfahren statt.

4. Bezüglich des Advokatenhonorars sieht es den Parteien und Advokaten zu, wann immer Vereinbarung zu treffen. Ist keine Vereinbarung getroffen, so hat eine Tarordnung zu gelten, deren Feststellung, rücksichtlich periodischer Revision im Gesetzgebungsweg zu erfolgen hat.

5. Es liegen keine entscheidenden Gründe vor, das Inzestverbot einer auf den vorerwähnten Prinzipien beruhenden Advokatenordnung von der Einführung neuer Modifikationen des Zivilprozeßverfahrens abhängig zu machen; vielmehr ist es im Gesamtinteresse gelegen, solche sofort ins Leben treten zu lassen. (Die nähere Begründung der in vorstehendem Antrag enthaltenen Grundzüge findet sich in der Schrift des Antragstellers: „Die freie Advokatur und ihre legislative Organisation. Eine Abhandlung zur Reform der deutschen und österreichischen Gesetzgebung. Wien, bei Wilhelm Braumüller, 1868.“) Referent: Justizrath Dorn zu Berlin.

13) Antrag desselben: Der deutsche Juristentag beschließt: Die Anfechtbarkeit der Verträge wegen Verletzung über die Hälfte (laesio enormis) ist aus den deutschen Zivilgesetzgebungen zu beseitigen. (Die nähere Begründung findet sich in der Schrift des Antragstellers: „Die Bucher-Gesetzgebung und das Zivil- und Strafrecht. Eine Abhandlung zur Reform der Legislation überhaupt und der österreichischen insbesondere. Wien, bei G. Gerold's Sohn, 1868.“) Referent: Prof. Dr. Unger zu Wien.

Die Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft hat sich bereitwillig dazu verstanden, den an der in Hamburg stattfindenden Versammlung des deutschen Juristentages Theil nehmenden Vereinsmitgliedern in der Zeit vom 23. August bis 5. September d. J. für den einfachen Fahrpreis Hin- und Rückfahrt auf ihrer Bahn zu bewilligen. Da die Direktion aber davon ausgegangen ist, daß nur von den Stationen Berlin, Wittenberg, Hagenow und Lauenburg aus die Bahn von den Mitgliedern benutzt werden wird, so sind allein die Billetterpeditionen auf den gedachten Stationen angewiesen, den Vereinsmitgliedern, welche als solche durch Vorzeigung ihrer Mitglieds-karte sich legitimiren, zur Hin- und Rückfahrt gültige Billette zu ver- abfolgen.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Germania“, Kapl. Schwensen, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, ging, erpedit von Hrn. August Volken, William Miller's Nachf., am 8. Juli von Hamburg via Southampton nach Neu-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 53 Passagiere in der Kajüte, und war auch das Zwischendeck mit Passagieren ganz besetzt, sowie 350 Tons Ladung.

St. Petersburg, 13. Juli. Bei der heutigen Ziehung der russischen Prämienanleihe vom Jahr 1864 wurden folgende Nummern mit höchsten Preisen gezogen:

Serie 18,592, Nr. 2, mit 200,000 R.; Serie 5492, Nr. 27, mit 75,000 R.; Serie 2977, Nr. 16, mit 40,000 R.; Serie 15,758, Nr. 50, mit 25,000 R.; Serie 11,435, Nr. 11, Serie 11,505, Nr. 21 und Serie 4025, Nr. 39, mit je 10,000 R.; Serie 70, Nr. 20, Serie 6183, Nr. 33, Serie 9501, Nr. 25, Serie 13,690, Nr. 2, und Serie 8684, Nr. 49, mit je 8000 R. S.

Frankfurt, 14. Juli, 2 Uhr 24 Min. Nachm. Oester. Kreditaktien 220 $\frac{1}{2}$, Staatsbahn-Aktien 267, National —, Sauerbrunn 53 $\frac{1}{2}$, 1860er Loose 78, Oesterr. Valuta 103 $\frac{1}{2}$, 4proz. bad. Loose 100 $\frac{1}{2}$, Amerikaner 76 $\frac{1}{2}$, Gold 142.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

13. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27 $\frac{1}{2}$	10,23 $\frac{1}{4}$			
Mittags 2 "	"	9,20 $\frac{1}{4}$			
Nachts 9 "	"	9,80 $\frac{1}{4}$			

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Koenlein.

Zn.171. Huttenheim. Verwandten und Freunden geben wir die schmerzliche Nachricht von dem Tode unseres lieben Gatten, Bruders und Schwagers, Karl Michael, pension. Rechnungsführer und jetziger Accisor.

Um stille Theilnahme bitten, Huttenheim, den 9. Juli 1868, Die trauernden Hinterbliebenen.

Zn.172. Nr. 6211. Karlsruhe. Befanntmachung. Bitte des Kaufmanns Salomon Mayer in Mannheim um Abänderung seines Familiennamens.

Zn.164. Karlsruhe. Die Erledigung einer Stiftsdamenstelle in dem Fräuleinstifte zu Karlsruhe betreffend.

Zn.155. Karlsruhe. Sparkasse für die Großh. Hofdienerchaft.

Zn.169. Säckingen. Erledigte Stipendien.

Zn.167. Nr. 1729. Freiburg. Deutsche Nordpol-Expedition.

Zn.177. Mannheim. Für Juristen und Gerichtsbibliotheken.

Zn.131. Mannheim. Geübte Tapetendrucker.

Zn.84. Baden. Stellegesuch.

Zn.147. Locomobile. C. Riener in Freiburg.

C. Sonntag in Baden-Baden Kunsthandlung, 7, Sophien-Strasse (Graben) 7.

Bad Gleisweiler. Eisenbahnstation Landau in der Rheinpfalz.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft. Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York.

Erntewein. Sehr guten, pr. Maß 12 - 14 und 16 Kreuzer.

Empfehlung. In Folge des Wegzugs der H. Expediteur Jos. Sed & Comp.

Karl Ganther. z. den 3 Kronen, Eugen.

Unterleibs-Bruchleiden. selbst solche mit ganz alten Brüchen.

Zn.436. Nr. 13,129. Waldshut. Befanntmachung.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Freitag den 7. August l. J. Vermittags 9 Uhr.

Zn.434. Nr. 4909. Bonndorf. (Aufforderung.) Josef Behringer, Bauer von Stillingen.

Table with columns: Frankfurt, 13. Juli. Staatspapiere, Antikens-Laufe, Wechsel-Kurse, Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.